Rechtschreibreform

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **37 (1981)**

Heft 3

PDF erstellt am: **28.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Rechtschreibreform

Der stand der reformbestrebungen (ende 1980)

Zur vorgeschichte

Zum verständnis der heutigen situation sei an ein paar daten aus der reformgeschichte erinnert, wobei wir uns auf unser jahrhundert beschränken.

1901 Ortografiekonferenz in Berlin. Die deutschen länder und Österreich einigen sich auf eine einheitliche rechtschreibung, nämlich auf die des wörterbuchs von Konrad Duden. In der Schweiz galt die dudensche ortografie schon seit 1892.

1954 Von den vielen reformvorschlägen seien die „stuttgarter empfehlungen" von 1954 hervorgehoben, in denen wissenschaftler aus allen deutschsprachigen ländern verschiedene vereinfachungen forderten. Hauptpunkt war die kleinschreibung der substantive. Daneben wurden u. a. folgende schreibungen empfohlen: *sensazion, turist, wase, kas-ten.* In einem anhang wurde das problem der vokaldauer erörtert, was in der diskussion der folgenden monate die gegner in besonderem maße herausforderte.

1958 Von der amtlichen deutschen kommission, dem „Arbeitskreis für Rechtschreibregelung", wurden 1958 die „wiesbadener empfehlungen" verabschiedet, die auch heute noch als grundlage der reformdiskussion gelten. Punkt 1 ist auch hier die substantivkleinschreibung; weitere punkte befassen sich mit dem komma, der silbentrennung, den doppelformen und der zusammen-/getrenntschreibung.

1961 In Österreich befaßte sich eine amtliche kommission mit den wiesbadener empfehlungen, erzielte aber in einer abstimmung in bezug auf die kleinschreibung stimmengleichheit.

1963 In der Schweiz wurden alle interessierten verbände zu einer konferenz eingeladen. Die delegierten entschieden sich mit allen gegen eine stimme gegen die kleinschreibung.

Ende der sechziger und anfang der siebziger jahre wurde der reformgedanke in allen ländern wieder aufgegriffen, womit der über hundertjährige zehnjahresrytmus seine fortsetzung fand. Im großen und ganzen kann man feststellen, daß in allen vier deutschsprachigen staaten eine gewisse reformbereitschaft vorhanden ist, leider aber selten zur gleichen zeit. In allen staaten gilt aber das prinzip, daß änderungen nur gemeinsam durchgeführt werden sollen. Das führt zu einem schwarzpeterspiel, in dem jeder auf jeden wartet. Dazu kommt, daß der staat seine verantwortung für die ortografie nur halbherzig anerkennt, was die sache auch nicht gerade beschleunigt. Man kann sogar sagen, daß die politiker rechtschreibfragen ziemlich hilflos gegenüberstehen, denn die ortografie und ihre entwicklung hat ihren platz im rahmen der staatsaufgaben (noch) nicht gefunden — dabei gibt es die amtliche ortografie nun schon seit fast 80 jahren!

Bundesrepublik Deutschland

Maßgebend für die diskussion sind nach wie vor die wiesbadener empfehlungen, was die kultusministerkonferenz 1973 ausdrücklich bestätigte. Leider konnte die frage in Deutschland nicht aus dem parteiengezänk herausgehalten werden, was konkrete schritte bis heute verhinderte. Noch im oktober 1973 sagte staatssekretär Gerhart Rudolf Baum als vertreter des innenministers am kongreß „vernünftiger schreiben": „Die bundesregierung steht reformbemühungen generell aufgeschlossen gegenüber — auch in diesem fall. Es möge ihnen gelingen, dazu beizutragen, daß unsere enkel nicht den 200. jahrestag der immer noch nicht beendeten reformdiskussion erleben mögen. 100 jahre sind wirklich genug." Ob man heute reformbemühungen nicht mehr so aufgeschlossen gegenübersteht? Dabei heißt der innenminister heute Gerhart R. Baum!
Die gegner der kleinschreibung tendierten in den letzten jahren stark in richtung einer „vereinfachten großschreibung", die eine vermehrung von groß geschriebenen wörtern mit sich brächte. Für die heutige regelung setzt sich also fast niemand mehr aktiv ein. Detaillierte vorschläge für eine „bereinigte" substantivgroßschreibung präsentierte die Gesellschaft für deutsche Sprache in den jahren 1976 und 1979. Das echo auf die (inzwischen zurückgezogenen) regelwerke fiel sehr unterschiedlich aus — auch innerhalb der anhänger der großschreibung.
Auch die befürworter der kleinschreibung bleiben nicht untätig. Seit jahren kämpft die in Immendingen an der Donau beheimatete „aktion kleinschreibung" für die verwirklichung der wiesbadener empfehlungen, wofür sie in breiten bevölkerungsschichten unterstützung findet. Daß sie es zur zeit nicht immer leicht hat, zeigt die folgende begebenheit, die sich im oktober 1978 zutrug: Der vorsitzende der aktion kleinschreibung, dipl.-päd. Wilhelm W. Hiestand, reiste (mit genehmigung der zuständigen örtlichen dienststelle) zu einer internationalen tagung über ortografiefragen nach Wien. Auf dem wiener westbahnhof angekommen, erreichte ihn der bannstrahl aus dem stuttgarter kultusministerium und zwang ihn auf der stelle zur umkehr. An der tagung konnte Hiestand wegen des einspruchs seines höchsten brötchengebers nicht teilnehmen.
Eine erfreuliche aktivität entfalten verschiedene deutsche wissenschaftler, was sich in tagungen und aufschlußreichen buchpublikationen ausdrückt. In der deutschen germanistik ist der reformgedanke nach wie vor tief verwurzelt; wenn es nur nach der wissenschaft ginge, gäbe es die substantivgroßschreibung schon lange nicht mehr.

Deutsche Demokratische Republik

Auch in der DDR befassen sich fachleute intensiv mit ortografiefragen, wie man entsprechenden veröffentlichungen entnehmen kann. Der rostocker germanist Dieter Nerius, einer der referenten an der oben erwähnten wiener tagung, schloß eine untersuchung mit folgenden worten: „(Mit der gemäßigten Kleinschreibung) würde die deutsche Orthographie in einem begrenzten, aber wesentlichen Teilbereich weiterentwickelt und könnte so auch insgesamt den Anforderungen, die in der gesellschaftlichen Kommunikation an sie gestellt werden, besser entsprechen."

Österreich

In Österreich liegen die verhältnisse insofern etwas einfacher als in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweiz, als die schule, und damit

die ortografie, bundessache ist. Dafür bleibt die sache letztlich an einem mann, am unterrichtsminister, hängen, der sich natürlich nicht unbeliebt machen möchte.
Die „österreichische kommission für die ortografiereform beim bundesministerium für unterricht und kunst" schloß im juni 1976 ihre jahrelange arbeit mit einer abstimmung ab. Die kommissionsmitglieder hatten unter vier möglichen lösungen zu wählen: gemäßigte kleinschreibung, radikale kleinschreibung, vermehrte großschreibung (nach Wüster) und gegenwärtige regelung. Die gemäßigte kleinschreibung kam mit abstand auf den ersten platz, gefolgt von der heutigen regelung. Die erweiterte großschreibung des kommissionsmitgliedes Wüster landete weitab auf dem letzten platz. Obwohl das ergebnis an eindeutigkeit nichts zu wünschen übrigläßt, konnte sich der unterrichtsminister bisher nicht zu konkreten schritten aufraffen — um so mehr, als die anhänger der vermehrten großschreibung nicht so leicht aufgeben. Um nicht in zugzwang zu geraten, entschied der minister, erneut die wissenschaft um rat zu fragen. Unter anderem sollen tagungen von vertretern zweier richtungen weitere klarheit bringen. Diese zwei richtungen sind die gemäßigte kleinschreibung und — merkwürdigerweise — die vermehrte großschreibung. Erstere trafen sich im oktober 1978, letztere im oktober 1979 zu internationalen kolloquien in Wien.
Es hat sich gezeigt, daß Wien als tagungsort und „schaltstelle" zwischenstaatlicher kontakte ganz speziell geeignet ist. Das liegt nicht zuletzt an der bewährten vermittlerrolle Österreichs zwischen ost und west, die von Bonn und Ost-Berlin gleichermaßen akzeptiert wird.

Schweiz

In der Schweiz dürfte der schlüssel zur kleinschreibung dagegen kaum liegen. Wegen ihrer randposition im deutschen sprachraum wird sie in sprachfragen auf internationaler ebene nie aktiv. (Wenn es, wie 1963, um die ablehnung einer reform geht, ist sie allerdings gleichberechtigt!) Seit 1972 ist eine viererkommission des eidgenössischen departements des innern damit beschäftigt, die situation im ausland abzuklären. Im zuge des vernehmlassungsverfahrens wurden die interessierten berufsverbände im januar 1974 zu einer konferenz eingeladen, wo sie unverbindlich ihre meinung darlegen konnten. Dabei war einmal mehr zu erkennen, daß vertreter aus dem schulischen bereich eher für, das druck- und verlagsgewerbe eher gegen eine reform eingestellt sind. Das läuft letztlich auf die frage hinaus, welcher seite man mehr gewicht beimißt. Das werden die politiker entscheiden müssen, und zwar die kantonalen. Von der konferenz der kantonalen erziehungsdirektoren (edk) liegt eine stellungnahme aus dem jahre 1975 vor, worin sie grundsätzlich eine rechtschreibreform befürwortet. Die erziehungsdirektorenkonferenz regte auch die bildung einer verhandlungsfähigen expertenkommission an, in der auch die edk vertreten wäre und die sich mit materiellen fragen einer reform befassen könnte. Das innendepartement scheint aber lieber abzuwarten, was im ausland passiert, d. h. vor einer formellen einladung zu gesprächen nichts zu unternehmen. Man geht vermutlich davon aus, daß die konkreten inhalte einer reform erst nach der aufnahme politischer verhandlungen zur diskussion stehen. Im ausland hat man aber allem anschein nach den umgekehrten weg eingeschlagen, was früher oder später zu koordinationsschwierigkeiten führen könnte.

Wie im prinzip bei allen sachfragen handelt der staat natürlich nicht von sich aus, sondern dann, wenn ein problem von den staatsbürgern an ihn herangetragen und das bedürfnis nach einer änderung klar artikuliert wird. Was muß aber die sprachgemeinschaft konkret tun, um den staat in dieser (im rahmen der staatsaufgaben nicht gerade erstrangigen) frage zum handeln zu bewegen? Die existenz eines „Bundes für vereinfachte rechtschreibung", der seit 1924 wächst und gedeiht, scheint jedenfalls nicht auszureichen; ebensowenig unmißverständliche forderungen von wissenschaftlern. Einer der bekanntesten deutschen filologen, prof. Leo Weisgerber, meinte denn auch:
„Vielleicht muß aber doch die sprachgemeinschaft selbst zur tat schreiten. So schwierig ihr wille zu erkunden ist — sie ist die eigentlich zuständige instanz, und wenn die delegierung ihrer aufgaben an die behörden nicht voranführt, könnten die vielen verzettelten proteste und vorstöße sich einmal zu einer erfolgreichen aktion verbinden. Solche anzeichen haben sich 1973 beachtlich vermehrt. Nicht nur findet die «aktion kleinschreibung» zunehmend echo, sondern auch ohne segen der behörden wagen einzelne, gruppen und zeitschriften von ihrem recht auf persönliche entscheidung gebrauch zu machen, nicht zuletzt in der Schweiz." *Rolf Landolt*

Übersetzerdeutsch

Von Übersetzern unterschoben

Die Genfer Dolmetscherschule kann in nächster Zeit ihr 40jähriges Bestehen feiern. In den „Europäischen Heften", die in Hamburg erscheinen und erfreulicherweise alle Beiträge in deutscher, französischer und englischer Fassung bringen, stellt Professor Louis Truffaut den Werdegang seines Instituts dar. Der deutsche und der englische Text machen gleich sichtbar, mit welchen Schwierigkeiten der Übersetzer in der Tat zu kämpfen hat.
Der Übersetzer muß seine Muttersprache lückenlos beherrschen, liest man da. *Lückenlos?* Truffaut hat geschrieben *sans faille,* was nicht dasselbe sagt wie *sans faute,* sondern — wörtlich — *ohne Fehl.* Seine Muttersprache *sicher beherrschen,* das würde wohl das Gemeinte treffen, denn das deutsche *beherrschen* enthält einen höheren Anspruch als das französische *savoir.*
Wie steht es nun mit dieser Beherrschung? *Bei der baldigen Feier,* liest man da. *Baldig?* Bei der *bevorstehenden* Feier. En célébrant bientôt...
Der Übersetzer müsse auch die fremde Kultur kennen. *Das sprachliche Wissen allein ist tatsächlich sehr unzureichend,* schreibt der Übersetzer. Truffaut meinte aber: *Sprachliches Wissen allein genügt nicht.* Das zeigt sich mit aller Schärfe in dem Satz, der die Schulgündung in geschichtliche Zusammenhänge stellen soll. ...*1941, kurz vor dem sowjetischen Angriff* ... Weiß der Mann nicht, daß am 22. Juni 1941 Hitler die Sowjetunion angegriffen hat? Truffauts Worte ...*à la veille de l'attaque de l'URSS* sind freilich — Tücke der de-Konstruktion — doppelsinnig. Dann muß der Übersetzer eben zum Ausleger werden; hier wurde er zum Unterschieber und zum Sachverdreher. *Paul Stichel*